



Eine Welt-Impulse zur Bundestagswahl 2025

Im Herzen der gesellschaftlichen Entwicklung steht die Zivilgesellschaft: Sie ist Rückrat für demokratisches Miteinander und Gestalterin von Wandel. Die Fülle an Vereinen und Initiativen in Deutschland stellen eine große integrative und entwicklungsfähige Kraft dar – und bieten enorme Potenziale und Chancen für unser Gemeinwesen. Sie sind ein gesellschaftlicher Schatz für Herausforderungen und gemeinsamen Lernprozesse. Jedoch: Wir leben in der Zeit einer Polykrise, in der sich beschleunigende Krisen immer weiter gegenseitig verstärken. Gewaltkonflikte, Klimawandel und Unwetterkatastrophen, antidemokratische Bewegungen. Dies führt dazu, dass Bürger*innen erschöpft sind und Vertrauen in Institutionen und Demokratie verloren haben und die für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung der Welt so wichtige (welt-) gesellschaftliche Solidarität geschwächt wird. Wer im eigenen Lebensalltag verunsichert ist oder sich gar stark benachteiligt fühlt, ist auch weniger bereit, sich mit anderen Menschen (in anderen Teilen der Welt) zu solidarisieren und sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Diesem Trend entgegen zu wirken, ist die zentrale Aufgabe einer neuen Bundesregierung. Der gesellschaftliche Zusammenhalt mündiger Bürger*innen muss nun entschieden gestärkt werden, wofür Politik die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen hat.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für unsere Demokratie und den (welt-)gesellschaftlichen Zusammenhalt ist dabei kaum zu überschätzen. Tausende von Menschen engagieren sich mit Eine Welt-Arbeit in Vereinen, Initiativen und ihren Netzwerken in ganz Deutschland – sie unterstützen bürgerschaftliches Engagement, informieren und leisten Bildungsangebote. Doch zivilgesellschaftliches Engagement wird durch die beschriebenen Trends stark verunsichert, ebenso wie durch die wiederkehrenden Debatten zu finanziellen Kürzungen ihrer Arbeit. Auch beobachten wir eine teilweise Verstaatlichung von Eine Welt-Arbeit. Zivilgesellschaftliches Engagement zu bestärken ist jetzt aber besonders wichtig. Es wird getragen von bürgerschaftlich engagierten Brückenbauer*innen – nicht nur zwischen Süd und Nord, sondern überparteilich, generationenübergreifend und überkonfessionell auch zwischen Bürger*innen und verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Inland. Globale Krisen wie Klima(un)gerechtigkeit berühren auch die Menschen hierzulande – denn am stärksten betroffen sind hier wie dort weniger privilegierte Menschen, mit weniger Zugang zu Bildung, oft im ländlichen Raum. Daher ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Integrations- und Aufklärungsarbeit leistet, eine wichtige und übergreifende Aufgabe mit hoher Priorität.

Eine neue Bundesregierung sollte daher demokratische wie soziale Teilhabe, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, insbesondere mit Bildung und bürgerschaftlichem Engagement stärken.

Im Bereich der Eine Welt-Politik sind dafür folgende Punkte zentral:

Stärkung der Zivilgesellschaft: Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie junger Menschen in Entscheidungsfindungen im Bereich sozialer und ökologischer internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung. Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen – mehr finanzielle Förderungen für bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement, insbesondere im Bereich internationaler Partnerschaften und entwicklungspolitischer Bildung im Inland (Erläuterungen zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit [hier](#)). Stärkung migrantisch-diasporischer Organisationen. Ausbau des Bund/Länder-finanzierten Eine Welt-Promotor*innen-Programms. Stärkung des Subsidiaritätsprinzips – zivilgesellschaftliche Aufgaben sollen nicht von staatlichen Stellen / staatlichen Durchführungsorganisationen ausgeführt werden.

Faires und nachhaltiges Wirtschaften: EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) ambitioniert und zeitnah im Sinne eines hohen Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschutzes in deutsches Recht umsetzen – unterschiedener Einsatz gegen Abschwächung oder gar drohende Abschaffung des Lieferkettengesetzes.



Einbeziehung des Finanzsektors in Rahmenbedingungen fairen und nachhaltigen Wirtschaftens. Aktiver Einsatz für ein ambitioniertes UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty). Umsetzung und Erweiterung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS). Stärkung des fairen Handels. Verankerung von fairen Produkten in der Bundeskantinenrichtlinie. Einführung gesetzlich verpflichtender Vorgaben für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltnormen beim Einkauf von Bund, Ländern und Kommunen. Keine Freihandelsverträge, die Umwelt, Menschenrechte und Entwicklungschancen im globalen Süden beeinträchtigen. Faire internationale Steuerregeln für multinationale Konzerne und große Vermögen einführen – zusätzliche Steuermittel einsetzen für Aufgaben der globalen sozial-ökologischen Nachhaltigkeit (Erläuterungen und Forderungen [hier](#)).

Klima/Klimagerechtigkeit: Nationale Klimaziele rechtssicher einhalten und nachschärfen – neue Klimaziele alle fünf Jahre aufstellen wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart. Klimaschutz sozial gerecht gestalten. Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel und bei Schäden und Verlusten finanziell unterstützen. Einsatz für höchste Menschenrechts- und Umweltstandards auf Ebene der Europäischen Union mit besonderer Achtung der Rechte indigener Völker sowie für transparente Mitbestimmungsrechte betroffener Bevölkerung bei Rohstoffprojekten. Verbindliche Abkehr von fossilen Brennstoffen.

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung: Stärkung zivilgesellschaftlicher Bildungsakteur*innen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips seitens staatlicher Akteur*innen. Finanzierungen absichern und ausbauen mit längeren Projektlaufzeiten, ressortübergreifenden und institutionellen Förderungen. Stärkung der Nationalen Plattform BNE. Stärkung des Whole-Institution-Approachs und finanzielle Förderungen zur Realisierung von Projekten und der Etablierung von Strukturen in Institutionen (z.B. Schulen, Behörden). Stärkung migrantisch-diasporischer Akteur*innen des Globalen Lernens und selbstorganisierte Jugendorganisationen, die sich mit der Thematik beschäftigen.

Internationale Kooperationen und Partnerschaften: Stärkere und verlässliche (langfristige) Förderungen und Vereinfachung von Förderprogrammen. Einbeziehung der Perspektiven von Süd-Partner*innen bei der Auswahl und Entwicklung von Projekten. Finanzielle Förderung von globalen Netzwerken – z.B. internationale Reisekosten, Foren, Konferenzen, Begegnungsreisen, Verbesserung von Visa-Bedingungen für Teilnehmer*innen aus dem Globalen Süden. Sichere und stabile finanzielle Förderung von internationalen Freiwilligendiensten. Stärkung der postkolonialen Erinnerungskultur. Stärkung von Bildungs- und Wissenstransfer zwischen Globalem Süden und Norden. Stärkung von Demokratiefähigkeit – (globale) Demokratiedialoge, Demokratie als Thema, Demokratiebildung. Entschuldung des Globalen Südens.

Stärkung regionaler Strukturen: Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in strukturschwachen Regionen. Beteiligungsmöglichkeiten in ländlichen Regionen verstärken, um mehr positive Demokratie-Erfahrungen zu schaffen. Kommunale Partnerschaften im Sinne von Weltoffenheit und internationaler Vernetzung stärken und ausbauen.

Migration: Orientierung an einem positiven, inklusiven und menschenrechtsorientierten Verständnis von Migration. Der Globale Migrationspakt (2018) und die Agenda 2030 (bes. SDG 10.7) sind dafür Referenzrahmen.

Kontakt:

AGL – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V., Am Sudhaus 2, 12053 Berlin / geschaeftsfuehrung@agl-einewelt.de / Tel.: 030-23462514 / www.agl-einewelt.de

Registereintrag beim Amtsgericht Charlottenburg: VR 35414 B

Eintrag im Lobbyregister des Bundestages: Registernummer R000997

Vorstand: Monika Dülge (Vorsitzende), Martin Weber (Vorsitzender), Katrin Beckedorf, Christiane Christoph, Dr. Alexander Fonari, Laura Huschenbett